

## Haushaltsantrag 3: Maßnahmen zur Kostenreduzierung im Haushalt

Einreicher:

Herr Crivellari, Fabio

Unterstützer:

Christlich-Demokratische Union

Eingereicht am:

05.03.2025

Beratungsfolge

Ö / N

### Beschlussvorschlag

**Die CDU-Fraktion beantragt folgende Maßnahmen zur Kostenreduzierung im Haushalt umzusetzen:**

**1. Die CDU-Fraktion beantragt, dass in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 jeweils eine globale Minderausgabe in Höhe von 3 % des Ergebnishaushalts veranschlagt wird. Die Minderausgabe erfolgt nach Einrechnung der durch Einzelanträge in den Haushaltsberatungen beschlossenen Veränderungen.**

#### Begründung:

Angesichts der angespannten Haushaltslage ist es notwendig, weitere Einsparpotenziale zu identifizieren und konsequent zu nutzen. Die Verwaltung verfügt über den besten Einblick in die einzelnen Haushaltspositionen und sollte daher beauftragt werden, gezielt Einsparungen vorzuschlagen.

Besonders im Bereich der „inneren Verwaltung“ sehen wir im Haushaltsentwurf teilweise erhebliche Kostensteigerungen. Uns ist bewusst, dass diese in vielen Fällen durch allgemeine Preis- und Tarifsteigerungen bedingt sind. Dennoch muss die Stadt darauf reagieren und prüfen, in welchen Bereichen Einsparungen möglich sind, ohne die Kernaufgaben der Verwaltung zu gefährden.

Die Einführung einer globalen Minderausgabe ist aus unserer Sicht ein sinnvoller Schritt, um den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren.

**2. Die CDU-Fraktion beantragt, die in den einzelnen Teilhaushalten veranschlagten Ansätze für folgende Positionen um jeweils 20 % zu reduzieren:**

- „Öffentlichkeitsarbeit und Marketing“,
- „Zeitungen und Fachliteratur“,
- „Druckkosten“,
- „Reisekosten“,
- Mitgliedschaften der Stadt, die mit Mitgliedsbeiträgen verbunden sind.

#### Begründung:

##### Öffentlichkeitsarbeit und Marketing

Eine Reduzierung der Marketingausgaben um 20 % ist vertretbar, da digitale Kanäle und kostengünstigere Kommunikationsstrategien effizient genutzt werden können. Außerdem sind Marketing und Öffentlichkeitsarbeit keine Aufgaben, die eine Stadt zwingend in einem solch hohen Maß ausführen muss.

##### Zeitungen und Fachliteratur

Der Zugang zu Fachinformationen ist wichtig, doch in Zeiten der Digitalisierung stehen viele Inhalte auch online oder über zentrale Abonnements zur Verfügung. Eine pauschale Kürzung um 20 % erscheint daher vertretbar und trägt zu einer effizienteren Mittelverwendung bei.

#### Druckkosten

Durch verstärkte Digitalisierung und den Verzicht auf gedruckte Materialien, wo dies möglich ist, lassen sich erhebliche Einsparungen erzielen. Gleichzeitig trägt die Maßnahme zum Umweltschutz bei.

#### Reisekosten

Die Stadt Konstanz hat den Klimanotstand ausgerufen und trägt damit eine besondere Verantwortung für nachhaltiges und ressourcenschonendes Handeln. Dienstreisen verursachen nicht nur Kosten, sondern auch CO<sub>2</sub>-Emissionen. Durch verstärkte Nutzung digitaler Kommunikationsformate und eine kritischere Prüfung der Notwendigkeit von Reisen kann der Haushalt entlastet und gleichzeitig ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Eine pauschale Reduzierung um 20 % erscheint daher sowohl haushalts- als auch klimapolitisch sinnvoll.

#### Mitgliedschaften

Die Stadt Konstanz ist in zahlreichen Verbänden und Organisationen Mitglied, was mit Kosten verbunden ist. Angesichts der angespannten Haushaltslage sollte überprüft werden, welche dieser Mitgliedschaften für die Stadt einen klaren Mehrwert bieten. Eine Reduzierung der Mitgliedsbeiträge um 20 % könnte dazu beitragen, finanzielle Spielräume zu schaffen, ohne auf wesentliche Vernetzungen und Kooperationen zu verzichten.

### **3. Die CDU-Fraktion beantragt, das Amtsblatt der Stadt Konstanz einzustellen.**

#### **Begründung:**

In Zeiten der Digitalisierung können amtliche Informationen effizienter und kostengünstiger über digitale Plattformen verbreitet werden. Die Einstellung des Amtsblatts spart hohe Kosten ein.

### **4. Die CDU-Fraktion beantragt eine Überprüfung der vom Konstanzer Gemeinderat in der Vergangenheit beschlossenen Bau-Standards. Hierfür soll eine Übersicht erstellt werden, welche Vorgaben durch den Gemeinderat beschlossen wurden. Es sollen Vorschläge erarbeitet werden, wie durch Reduzierung dieser Standards sowie durch Reduzierung von Gestaltungs- und Einrichtungsaufwänden 10 % der Bau- und Einrichtungskosten gespart werden können.**

#### **Begründung:**

Hohe Baukosten belasten den städtischen Haushalt und erschweren die Realisierung wichtiger Projekte. Durch eine Überprüfung der bestehenden Standards kann ermittelt werden, wo Einsparpotenziale bestehen, ohne die Qualität oder Nachhaltigkeit der Bauvorhaben unverhältnismäßig zu beeinträchtigen.

### **5. Die CDU-Fraktion beantragt, den Gestaltungsbeirat abzuschaffen.**

#### **Begründung:**

Der Gestaltungsbeirat befasst sich mit sehr vielen Projekten und kommt dazu in 2024 für fünf Sitzungen zusammen. Für diese Arbeit werden neben einer dauerhaft besetzten Geschäftsstelle mit Personal hohe Aufwendungen vorgehalten. Um hier systematisch Kosten zu reduzieren, kann auf den mobilen Gestaltungsbeirat der Architektenkammer Baden-Württemberg zurück gegriffen werden, der lediglich bei Projekten einberufen wird, die in herausragender Weise stadt- oder ortsbildprägend sind, wie bspw. Ortsmittegestaltung.

**6. Die CDU-Fraktion beantragt, den „Turm zur Katz“ vorerst nicht mehr als Kultureinrichtung zu nutzen. Die Stadtverwaltung soll ein Konzept entwickeln, wie das Gebäude nach dem Vorbild der Villas Rheinburg interessierten Vereinen und Einrichtungen überlassen werden kann, sofern diese die anfallenden Betriebskosten übernehmen.**

**Begründung:**

Die Stadt muss ihre Ressourcen effizient nutzen. Im Turm zur Katz werden Personalstellen vorgehalten, deren dauerhafte Verwendung in dieser Einrichtung angesichts der Haushaltslage zu hinterfragen ist. Eine Nutzung ähnlich dem Vorbild der Villa Rheinburg könnte ehrenamtlichen Vereinen aber auch den beiden Hochschulen zum Selbstkostenpreis gewährt werden.

**Sachverhalt**

**Begründung:**

S.O.

**Anlage/n**

Keine